

Initiativantrag zum SPD-Bundesparteitag vom 10. bis 12.12.2015 in Berlin

Antragsteller: AfA-Bundesvorstand, Unterzeichnende

CETA in vorliegender Fassung ablehnen – Regierungswechsel in Kanada als Chance für die grundlegende Überarbeitung nutzen!

Die SPD steht für eine neue, faire Handelspolitik. Diese muss dem aktuellen finanzmarktgetriebenen Globalisierungsmodell, das für eine permanente Verschärfung des Wettbewerbsdrucks auf dem Rücken von Mensch und Umwelt, für wachsende Ungleichgewichte und Ungerechtigkeit sorgt, eine klare Absage erteilen.

CETA erfüllt in der jetzt vorgelegten Form diese Anforderungen, wie sie sinngemäß auch im Beschluss des Parteikonvents vom 20. September 2014 und des Europäischen Parlamentes zu TTIP vom 8. Juli 2015 enthalten sind, bei weitem nicht.

Insbesondere sehen wir mit Sorge und lehnen es ab, dass

- CETA keine effektiven, einklagbaren Regeln enthält, um die Rechte von Arbeitern und Angestellten zu schützen, und auszubauen und stattdessen das Kapitel zu Handel und Arbeit nur unverbindliche Regelungen enthält;
- CETA ein problematisches Kapitel enthält, sowohl zum Investitionsschutz als auch zu Sonderrechten für Investoren, um Staaten zu verklagen (Investor-State Dispute Settlement – ISDS);
- bei der Öffnung von Dienstleistungen CETA einen Negativlisten-Ansatz verfolgt und eine „Ratchet-Klausel“ beinhaltet. Somit sind öffentliche Dienstleistungen und das Allgemeinwohl nur unzureichend vor Wirtschaftsinteressen geschützt. Dieser Ansatz muss zurückgewiesen und ersetzt werden durch eine Positivliste, die klar die Bereiche und Sektoren definiert, die für eine Öffnung in Frage kommen;
- CETA keinerlei Regeln enthält, die eine grenzüberschreitende öffentliche Auftragsvergabe an die Einhaltung von Tarifverträgen oder Leistungsbilanzen bindet, wie eine Anforderung, regional Arbeitsplätze zu schaffen;
- CETA die Gründung eines Regulierungsrates vorsieht (Regulatory Cooperation Forum, RCF), der Unternehmen und Lobbygruppen einen bevorzugten Zugang gewähren kann und somit das Potenzial hat, die demokratischen Rechte der Parlamente einzuschränken.

Diese gravierenden Mängel wiegen umso schwerer, als CETA als Modell für TTIP und weitere Handels- und Investitionsabkommen gilt und somit Maßstäbe setzen soll, die künftig kaum noch relativierbar und korrigierbar sind.

Sowohl in der europäischen wie auch in der kanadischen Bevölkerung wachsen Kritik und Ablehnung der bisherigen Handelspolitik. Die bisherige kanadische Regierung hatte ebenso wie die EU-Kommission Korrekturen abgelehnt. Der durch die Wahlen vom 19. Oktober 2015 herbeigeführte Regierungswechsel in Kanada bietet nunmehr die Chance, neue Verhandlungen aufzunehmen.

Die SPD lehnt CETA in der aktuell vorliegenden Fassung ab. Sie begrüßt in diesem Zusammenhang insbesondere die gemeinsame Erklärung des Canadian Labour Congress (CLC) und des DGB vom 23.10.2015. Sie fordert die Bundesregierung auf,

- CETA im Europäischen Rat nicht zu ratifizieren;
- sich für neue Verhandlungen auf deutlich veränderter Grundlage mit der neuen kanadischen Regierung einzusetzen;

- dabei auch die Position des EU-Parlamentes in seiner Resolution vom 8. Juli 2015 zu unterstützen und
- ein transparentes Verfahren im Zuge dieser Verhandlungen zu entwickeln, wie es auch bei TTIP erforderlich ist. Dadurch muss es insbesondere möglich sein, bei wesentlichen Verhandlungsschritten die Öffentlichkeit zu informieren und parlamentarische Kontrolle und Mitwirkung sicherzustellen.

Der Bundesparteitag fordert außerdem die SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament und im Deutschen Bundestag auf, CETA mindestens so lange abzulehnen, bis in den genannten Punkten und den Anforderungen des Europäischen Parlamentes wesentliche Korrekturen vorgenommen wurden. Eine Zustimmung zu CETA kann nur unter dem Vorbehalt eines Bundesparteitagbeschlusses oder eines Mitgliederentscheides in Frage kommen.